

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 2 Jahrgang 212



**Bezugspreis:** für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75 mit Zust. — Durch die Post monatlich RM. 1,34, vierteljährlich RM. 4,00 gegen Nachb. — **Morgen-Ausgabe** — **Anzeigenpreis:** dieses Inserenten je Zeile 25 Pf., auswärts je Zeile 30 Pf. — **Beihilfsstelle Halle:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Reklamation 5609 und 5610. — **Postfachkonto:** Leipzig 20512. — **Beihilfsstelle Berlin:** Bernauer Str. 80, Fernruf Amt Kurfr. Nr. 6290 eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

Donnerstag, 2. Januar

### Das Selbstbestimmungsrecht Schlesiens

Die Pressestelle des Volksrates zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Die in den letzten Wochen vorbereiteten separatistischen Bestrebungen in Schlesien und besonders in Oberschlesien hatten Besseres zu erwarten, als was am 30. Dezember 1918, dem Provinzialparlament für Schlesien im Breslauer Rathaus zusammenauftrat. Der Sitzung präsierte der preußische Minister des Innern Dr. Brüning. Zur wohnen ferner der Volksbeauftragte Knabbe, Vertreter aller Parteien, der Episkop, ferner Vertreter aller politischen Parteien, des Zentralparlamentes und der militärischen Verbände sowie der schlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise teil. Die Verhandlung beruhte in der Hauptsache die schlesische und die oberösterreichische Seite.

Die polnische Regierung ist in keiner Weise, wie das anfänglich der polnischen Seite behauptet wurde, von der Entente gegen Deutschland aufgedrängt worden, sondern sie ist von vornherein ein williges Werkzeug in der Hand der Entente gewesen. Das geht klar aus den Darlegungen Wiksons in der französischen Kammer hervor, in denen es heißt:

„Das polnische Nationalkomitee ist von allen Mächten als regelrechte Regierung anerkannt. Das russische Polen betrachtet es als seinen Vertreter, die deutschen Polen vertrauen ihm ihre Interessen an und die Volkspartei Galiziens hat dasselbe. Wir veranlassen, den Besuch eines Vertreters, des Generals Rikowski, der die Regierung in Warschau bildet. Seine Regierung ist von allen verbündeten Mächten und allen bedeutenden polnischen Gruppen anerkannt. Dank ihr organisiert wir die polnische Bewegung gegen die deutsche Macht.“

anzusehen? Hat sie es nötig, sich in eine Geheimdiplomatie zu hüllen? Hierzu wird von M. A. B. folgende Mitteilung verbreitet:

Breslau, 1. Januar.

Von einem Ultimatum, das die im Baltikum gelandeten Engländer an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet haben sollen: nicht nur die Bolschewisten auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Wall und Weiden wiederzugewinnen, anderenfalls würde die Entente in Deutschland einrücken — ist weder an dieser aufständigen Stelle noch bei Dessau etwas bekannt.

1. Mögliche Befreiung leitender Stellen und politischer Beamtenstellen von Männern, die Verhältnis für die besonderen Verhältnisse der Verhältnisse Ober-Schlesiens haben und Vertrauen bei der Bevölkerung genießen, unter weitestgehender Berücksichtigung katholischer, polnisch sprechender Männer, wird ausgedr.
2. Das Verhältnis von Kirche und Staat in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Beziehung kann nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche der Bevölkerung auf geschlossenen Wege und nach Begehren mit den höchsten Behörden geändert werden. Die Erteilung des Religionsunterrichts in öffentlichen und privaten Schulen darf gleichfalls nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche der Bevölkerung auf geschlossenen Wege geregelt werden. Dabei wird die Regierung mit aller Macht eintreten für die Freiheit der Religionsausübung, für den Religionsunterricht in der Muttersprache in der Schule und für die Unverletzlichkeit des kirchlichen Vermögens.
3. Eine eigene Regierung des für schlesischen Staat für Ober-Schlesien mit dem Sitz im Landtag begehrt wird bei den höchsten Stellen erbeten werden.
4. Vor dem Erlaß von Anordnungen, die wichtige ober-schlesische Interessen betreffen, hat die Zentralregierung mit den autonomen schlesischen Behörden Vörlage zu machen.
5. Ein besonderer Kommissar für Oberschlesien wird beim Oberpräsidenten und dem Zentralrat für Schlesien zur hängigen Vertretung der Wünsche Oberschlesiens bestellt werden.

„Aus diesen Darlegungen aber geht hervor, daß die polnische Propaganda wirklich mehr als Pole ist. Gegenüber den höchsten Regierungen wegen der Anwesenheit Babrowskis in Polen wird folgendes mitgeteilt:

Von deutscher Seite war für die Heiligenschrift Babrowskis, der in letzter Zeit als Vertreter Polens in Amerika bestrebt war, freies Geleit nur für die Fahrt von Danzig nach Warschau zugesichert worden, jedoch nicht zur Reise nach Polen. Der Aufseher eines deutschen Offiziers, der Babrowskis entgegengeleitet wurde, Babrowski wurde mit Erlaubnis jedoch nach Algenbrunn fahren, leitete Babrowski nicht Folge. Der von dem Offizier erbotene Freieit gegen die Heiligenschrift nach Polen wurde von dem Babrowski bescheidenden englischen Offizier abgelehnt, der jedoch behauptete, daß die Heiligenschriftkommission über die Heiligenschrift Babrowskis nach Polen informiert sei. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Vielmehr bezog sich der Antrag des Vorstehers der englischen Heiligenschriftkommission lediglich auf freies Geleit für eine Heiligenschrift von Danzig nach Warschau, das deutsch-seitig auch nur für viele letztere Reisezwecke ausgetauscht wurde. Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in der Heiligenschriftkommission in Spaa bereits vor Ausdruck der Anträge in Polen den Mächten gegenüber scharf betont, daß der Heiligenschrift Babrowskis in Polen keinesfalls gestattet werden, und daß die Verantwortung für eine unzureichende Anwesenheit in Polen entstehende Verhältnisse nicht übernommen werden können. Auch neuerdings ist von unseren Vertretern in Spaa Einspruch dagegen erhoben worden, daß das dem englischen Oberst Wade gewährte Freigeleit zur Anstellung aufständischer Demonstrationen missbraucht werde. Es ist von den Mächten verlangt worden, sofort Anweisung zu geben, daß Babrowski und Wade Deutschland auf dem schnellsten Wege verlassen.“

Der Pariser „Temps“ hat Mitteilungen aus dem Hauptquartier erhalten, wonach die amtliche Anwesenheit von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustand befindlichen Moskauer Sowjetregierung auf deutschem Boden der Mächten die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensverhandlungen unmöglich machen wird.

Am 31. Dezember.

Der Pariser „Temps“ hat Mitteilungen aus dem Hauptquartier erhalten, wonach die amtliche Anwesenheit von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustand befindlichen Moskauer Sowjetregierung auf deutschem Boden der Mächten die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensverhandlungen unmöglich machen wird.

In der ersten Sitzung der deutschen Kommission hat der Chef der russischen Propaganda, Nabel, mit nicht zu übersehender Deutlichkeit und Offenheit ausgesprochen, daß es das Ziel der neuen Partei sein müßte, Deutschland als Bundesgenossen in den Krieg mit der Entente zu treiben. Diese Offenheit des russischen Vertreters hat offenbar die Leitung der deutschen Kommissionen in einige Verlegenheit versetzt, denn, so schreibt die „Wol. Sig.“, heute unter dem Namen Frau Olga Luxemburg das russische, die Verbindung mit den Russen als eine Sicherung des Friedens anzufassen und gegen die deutsche Regierung den Vorwurf zu erheben, daß ihre Ablehnung gegenüber der tödlichen Umarmung der Russen einen neuen Krieg bedeute. Das ist so ziemlich die tollste Behauptung, die sich denken läßt, nachdem am Tage zuvor Nabel im selben Raum den Kriegsprogramm der russischen Regierung offen bekannt hat. Keine Ablehnung kann den Zeitungen verdächtig, daß jede Verbindung mit der russischen Regierung unseren Friedensschluß mit der Entente verhindert und unser Volk dem grauenvollsten Elend aussetzt. Es bleibt dabei, daß uns nur die Wahl bleibt zwischen dem Frieden, aber dem Wahrscheinlichen, dessen Wohle selbst erklärt hat, daß die russischen Arbeiter mit den deutschen Genossen zusammen am Rhein gegen das angedrohte Kapital zu kämpfen gedenken.

Minister Fisch sagte die Stellung der Regierung dahin zusammen: Ich glaube, die Delegation erweist, daß die Versammlung der Reichsversammlung den Gedanken der Gründung einer besonderen Republik Ober-Schlesien ablehnt, ferner, daß sie mit derselben Mehrheit auch den Gedanken einer Republik Schlesiens ablehnt. Es ist geboten worden, daß die Regierung der Provinz Schlesien den ersten Schritt zur Schaffung einer besonderen Regierung für Ober-Schlesien mit dem Sitz im Landtag begehrt wird bei den höchsten Stellen erbeten werden.

Der Arbeitsaufsatz, der nach einem Vortrag des früheren Staatssekretärs von Ginge zum Schutze der Grafschaft Glatz gerichtet worden ist, wendet sich an alle Grafschalter in Stadt und Land und in der Fremde mit der Aufforderung, überall Protestveranstaltungen gegen die Abtretung der Grafschaft zu veranstalten. Um ein einheitliches Handeln zu erreichen, bittet der Arbeitsaufsatz, ihn von allen Beamtungen vorher in Kenntnis zu setzen.

### Die Schwäche der Regierung in den polnischen Fragen

Es gibt eine alte Redensart „jezt ist Polen offen“ — sie erinnert an die Zeit, als Polen, von Parteiengenossen jerrissen, seine Grenze nicht schützen, sondern sie liberal der Willkür der Nachbarn preisgeben mußte. Die Zeiten haben sich geändert. Deutschland ist „offen“, und wie die Geier sich um ein Was sammeln und der hier der dort ein Stück vom Reibe reißt, so die Nachbarn Deutschlands, am liebsten die Polen.

Es ist wenig über zwei Jahre her, das uns deutscher Hand die polnische Nation in die Selbständigkeit wieder erhielt, die sie über 120 Jahre entbehrt hatte, sie bemüht sich, um sich von der Entente, Deutschlands Feinden, auch preussische Provinzen anzuordnen zu lassen, sie fordert nun nicht nur die Provinz Polen, sondern auch das fast ganz deutsche Westpreußen und Oberschlesien, dessen polnisch sprechende Bevölkerung sich bis vor kurzem, vor dem Minimum großpolnischer Agitatoren, nie als Polen gefühlt hat. Waren diese Umtriebe unangebracht, so würde die Gefahr ins Unabsehbare, als bei uns eine neue Regierung aus Bräuder kam, für die der Schutz der Grenzen an zweiter Stelle stand. An erster Hand für sie die Erhaltung der eigenen Macht, die dazu bestimmt ist, einer Klasse die Herrschaft zu verschaffen und zu sichern. Die Herrschaft der „Sunter“ ist erst durch die der Proletariat, aber der „Sunter“ hatte Sinn für nationale Ehre, für die der Proletariat nur ein Grinsen hat. „30.000 Polen sind im Anmarsch auf Berlin“, ruff man in der Zeitung der Berliner Soldatenräte. Und als Antwort hört man so alberne Worte wie „die Polen sind provoziert worden, sie sollen nur ruhig kommen“. Wahrscheinlich glauben die Unberücksichtigten immer noch, daß die Polen sich unter die rote Fahne stellen werden. Aber die seltsame Annahme, daß die Polen provoziert seien und sich also alles erlauben dürften, heißt in sich selbst ein Verbrechen. Das Wortes Wort um Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern gemacht hat, und der sich beibringen ließ, daß Deutsche und Polen überall daselbe wollen. Die seltsame Auffassung hatten auch die im Reichslande garnisonierenden deutschen Soldaten, die sich nach Hause schickten

### Ein feindliches Ultimatum

Wie der „D. Z.“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die im Baltikum gelandeten Engländer ein Ultimatum an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet, nicht nur die Bolschewisten auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Wall und Weiden wiederzugewinnen. Andernfalls würde die Entente in Deutschland einrücken. Die Bolschewisten haben zwei Heere angelegt, eines in der Stärke von drei Divisionen auf Wilna—Kowno. Das Heer auf Riga ist von einem altbienen russischen General geführt und untergeordnet. Vorläufig haben wir dagegen nur 10 Ba-

taillone zur Verfügung, von denen indessen nur drei als unbedingt zuverlässig gelten. Die Engländer haben in Riga eine Fernrohrflotille und einen Kreuzer, mit Truppen, die bereit sind, an Land zu gehen, in Libau eine Fernrohrflotille und einen leichten Kreuzer und in Neval eine Fernrohrflotille. Auf das deutsche Grinsen hin, Dille gegen die Bolschewisten zu leisten, haben sie abgewartet; nur in Riga kam, wie bereits gemeldet, eine Artillerieunterstützung in Gang.

Die deutsche Regierung hat bisher leblos mitgeteilt, daß die Entente die Wiederholung des Bolschewismus im Baltikum fordere. Warum hat sie es nicht für nötig gehalten, das feindliche Ultimatum, das die Wiedererinnung von Wall und Weiden fordert, dem deutschen Volke mit-

14026 14027 14028 14029 14030 14031 14032 14033 14034 14035 14036 14037 14038 14039 14040 14041 14042 14043 14044 14045 14046 14047 14048 14049 14050 14051 14052 14053 14054 14055 14056 14057 14058 14059 14060 14061 14062 14063 14064 14065 14066 14067 14068 14069 14070 14071 14072 14073 14074 14075 14076 14077 14078 14079 14080 14081 14082 14083 14084 14085 14086 14087 14088 14089 14090 14091 14092 14093 14094 14095 14096 14097 14098 14099 14100

